

# Was die Zwangskasse wirklich will

*Die Strategen der Koalition haben es jetzt entdeckt: Bürgerversicherung klingt positiv, kommt nach ersten Umfragen bei den Leuten gut an. Jedenfalls besser als der Favorit der Opposition, die Kopfpauschale.*

| Claus Cory

**D**rei Fakten kennzeichnen die Bürgerversicherung: 1. Alle müssen in die GKV, auch Beamte und Selbstständige. 2. Alle Einkommensarten für die Prämie werden herangezogen, also auch Unternehmereinkommen aus selbstständiger Tätigkeit, Mieten, Zinsen, Lebensversicherungen etc. 3. Die Beitragsbemessungsgrenze, bis zu der alle Einkommen beitragspflichtig sind, soll wahrscheinlich ebenfalls angehoben werden. Da diese Riesenaufgabe kaum vor der nächsten Wahl zu schultern ist, dürfte die Bürgerversicherung als Wahlkampfthema für 2006 erhalten.

Denn: Die SPD kann sich damit als Partei der kleinen Leute präsentieren. In der Tat leuchtet das neue System ein: Wenn alle herangezogen werden, so hat dies den Anschein der Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit. Die logisch scheinende Argumentation: Wenn die Kassen mehr Geld kriegen, sinken die Beitragssätze, damit auch die Lohnnebenkosten. Die Wirtschaft wird entlastet, stellt mehr Leute ein. Die Weichen für die weitere Erholung sind gestellt. Und dann die Seitenhiebe auf die Union. Deren „kalte, marktwirtschaftliche Kopfpauschale“ – so SPD-Fraktionsvize Ludwig Stiegler – könnte mit der Bürgerversicherung im nächsten Wahlkampf nicht mithalten. Weil das Totschlagargument: „Die Sekretärin und ihr Chef zahlen bei der Kopfpauschale den gleichen Beitrag!“ seine Wirkung nicht verfehlen dürfte.

## **Auf dem Weg zur Volkseinheitsversicherung?**

Die Bürgerversicherung beinhaltet zwei entscheidende Fehler: Zum einen bringt die Ausweitung auf Beamte und Selbstständige

nichts, dies haben auch alle Gremien im Medizinsektor festgestellt. Denn der Weg zur „Volkseinheitsversicherung“ bedeutet nur eine Fortführung des hergebrachten Versicherungsgedankens, der jetzt nicht mehr funktioniert. Neue Versicherte verursachen ja ebenfalls Krankheitskosten. „Wieso soll ein System, das mit 90 Prozent nicht funktioniert, mit 100 Prozent funktionieren?“, fragt Vorstandschef Ulrich Rumm von der Allianz Private Krankenversicherung. Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung lehnt die Einführung einer Bürgerversicherung ab, weil sie keine Lösung für die strukturellen Probleme im Gesundheitswesen bietet: „Wir plädieren stattdessen für ein offenes, an Eigenverantwortung und Wettbewerb orientiertes Versicherungssystem, das sich auf die Absicherung großer Lebensrisiken konzentriert.“ Die Bundeszahnärztekammer ergänzt: „Eine Einheitspflichtversicherung dagegen lässt keinerlei Raum mehr für eigenverantwortliche Risikovorsorge und verstößt deshalb gegen das Grundrecht auf persönliche Selbstbestimmung. Sie bezieht auch Personen ein, die zur Eigenvorsorge selbst in der Lage sind und wirkt sich deshalb als verfassungsrechtlich unverhältnismäßige Zwangsbesteuerung aus.“

Der zweite Denkfehler: Höhere Beitragsbemessungsgrenzen bringen nur vorübergehende Entlastungen, das haben die neun Reformen in den letzten 25 Jahren immer wieder deutlich gemacht: Nach einer kurzen Verschnaufpause gibt es wieder für die Kosten und Beiträge nur eine Richtung – nach oben. Genauso wie es jetzt der Fall ist – die Kassen können, bedingt durch die Pra-